

## **Antrag**

**der Fraktion der SPD**

**zu der Beschlussempfehlung des Finanzausschusses  
– Drucksache 12/5775**

**zu der Mitteilung des Wirtschaftsministeriums  
– Drucksache 12/5687**

### **Bericht und Leitlinien zur Wohnungsbauförderung in Baden-Württemberg – Wohnungsbau 2001; Bezahlbare und familiengerechte Wohnungen**

Der Landtag wolle beschließen,

den Bericht und die Leitlinien zur Wohnungsbauförderung zur Kenntnis zu nehmen und in diesem Zusammenhang die Landesregierung aufzufordern,

1. im Interesse einer nachhaltigen und verlässlichen Wohnungspolitik in Baden-Württemberg und zur Schaffung und Erhaltung einer ausreichenden Zahl bezahlbarer und familiengerechter Wohnungen den Förderansatz im Landeshaushalt deutlich zu erhöhen;
2. für die überfällige Modernisierung im Altbaubestand, zur verstärkten Energieeinsparung und zur Verbesserung des Wohnumfeldes insbesondere in den verdichteten Wohngebieten in den Ballungszentren die vorhandenen Mittel spürbar aufzustocken;
3. die hierzu notwendige Etataufstockung nach der nächsten Steuerschätzung im Entwurf des nächsten Haushaltsnachtrags für 2001 vorzuziehen.

12. 12. 2000

Maurer, Schmiedel, Moser  
und Fraktion

#### **Begründung**

Die von der Landesregierung eingesetzte „Kommission zur Untersuchung der Wohnversorgung in Baden-Württemberg“ hat folgende Empfehlungen für eine nachhaltige Wohnungspolitik abgegeben:

- Die Wohnungspolitik muss durch verlässliche Rahmenbedingungen eine angemessene Wohnungsversorgung der gesamten Bevölkerung ermöglichen und damit gleiche Lebenschancen für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen.
- Dem hohen Stellenwert einer nachhaltigen Wohnungsversorgung ist sowohl bei der Rechtsetzung als auch bei den Förderleistungen für den Neubau und den Bestand von Wohnungen Rechnung zu tragen.
- Für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sind die Wohnungsverhältnisse von größter Bedeutung. Die Schaffung und Gewährleistung familiengerechter, bezahlbarer Wohnungen und ein familienfreundliches Wohnumfeld bleiben eine wichtige Aufgabe.
- Der Bedarf spezieller Nutzergruppen muss Berücksichtigung finden.
- Die Wohnungspolitik muss gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen aufgreifen und dabei die heute notwendige Mobilität der Gesellschaft berücksichtigen.
- Die Wohnungspolitik muss zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung beitragen, indem sie Ziele des ökologischen Bauens berücksichtigt. Sie muss zur Erhaltung und Schaffung stabiler und ausgewogener Sozialstrukturen beitragen. Der sozialen Entmischung traditioneller Wohngebiete, die zur Entstehung sozialer Brennpunkte führt, muss entgegengewirkt werden.
- Die Wohnungspolitik muss als wichtiges Instrument zur Stabilisierung der Baukonjunktur und des Arbeitsmarktes verstanden werden.
- Die Wohnungspolitik hat einen wichtigen Beitrag zur Vermögensbildung und zur Alterssicherung zu leisten.

Das Wohnungsbauprogramm des Landes sollte diesen Empfehlungen Rechnung tragen.